



Newsletter

7. Februar 2020

Sicherheit – Ergebnisse der Umfrage zur hessischen Polizeistudie präsentiert

Innenminister Peter Beuth und Landespolizeipräsident Udo Münch haben erste Ergebnisse der Umfrage zur Studie „Polizeiliche Alltagserfahrungen – Herausforderungen und Erfordernisse einer lernenden Organisation“. Demokratische Werte seien fest in der hessischen Polizei verankert, sagte Innenminister Peter Beuth.

Verkehr – Ausbau der Schienenwege in Hessen

Das Schienennetz für den Nah- und Fernverkehr in Hessen wird in den nächsten Jahrzehnten mit einer Rekordsumme ausgebaut. Insgesamt sollen rund 20 Milliarden Euro in Projekte von Frankfurt RheinMain plus und kommunale Projekte von regionaler Bedeutung wie die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken fließen.

Haushaltsabschluss 2019 – Hessen baut an der Zukunft

Hessen kann 2019 doppelt so viele alte Schulden tilgen wie geplant: 200 Millionen Euro. Das Land schafft außerdem erstmals eine Investitionsrücklage. Finanzminister Dr. Thomas Schäfer hat jetzt den Haushaltsabschluss für das Jahr 2019 vorgestellt.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ Steuereinnahmen – Hessens Kommunen geht es finanziell immer besser
- ▶ Verkehrswende – Drei Rad-Professuren für Hessen
- ▶ Soziales – Coronavirus ist kein Anlass für Ausgrenzung
- ▶ Landesentwicklung – Neuer Plan liegt aus
- ▶ Kommunen – Seligenstadt mit Zusatzbezeichnung „Einhardstadt“

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Sicherheit – Ergebnisse der Umfrage zur hessischen Polizeistudie präsentiert

Innenminister Peter Beuth und Landespolizeipräsident Udo Münch haben erste Ergebnisse der Umfrage zur Studie „Polizeiliche Alltagserfahrungen – Herausforderungen und Erfordernisse einer lernenden Organisation“. Demokratische Werte seien fest in der hessischen Polizei verankert, sagte Innenminister Peter Beuth.

Per Onlinefragebogen hatten Beschäftigte der hessischen Polizei die Möglichkeit, sich an dieser bundesweit einmaligen Umfrage zu beteiligen. Rund 17.000 Polizeivollzugsbeamte, Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte konnten mitmachen. 4.277 Frauen und Männer nahmen an der Befragung teil, was einer sehr guten Rücklaufquote von 25 Prozent entspricht. In Absprache mit dem Hauptpersonalrat der Polizei und einem wissenschaftlichen Beirat aus fünf renommierten und unabhängigen Experten erarbeitet das Hessische Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) zurzeit eine umfassende Analyse der Ergebnisse. Anlass für die Befragung waren Rechtsextremismus-Verdachtsfälle in der hessischen Polizei. Darüber hinaus sollten mit der Studie Einstellungen der Beschäftigten zu Arbeitsumfeld, -zufriedenheit und -bedingungen erhoben werden.

„Unsere Umfrage liefert bisher nie dagewesene Einblicke in den Polizeiberuf“, sagte Beuth. „Sie zeichnet ein umfassendes Bild der Herausforderungen, vor denen unsere Schutzleute tagtäglich stehen. Vor allem aber verdeutlichen die Zahlen, dass die Frauen und Männer der hessischen Polizei fest an die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung glauben und sie auch vertreten. Extreme oder sogar extremistische politische Positionen sind der ganz großen Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen fremd. Die Studie bestätigt uns deshalb in der Auffassung, dass es sich bei den rechten Verdachtsfällen in der hessischen Polizei um Einzelfälle handelt, in denen wir aber mit aller Konsequenz weiterermitteln werden.“

Zwei Drittel sehen sich selbst politisch „in der Mitte“

Fast zwei Drittel (64,4 Prozent) der Befragten positionieren sich bei der Frage nach dem „politischen Standort“ in der Mitte. 13 Prozent verorten sich bei „mäßig links“ und knapp 19 Prozent (18,8 Prozent) bei „mäßig rechts“. An den politischen Rändern positionieren sich nur sehr wenige der Polizeibeschäftigten in Hessen („ausgeprägt links“: 0,2 Prozent, „links“: 2 Prozent; „ausgeprägt rechts“: 0,1 Prozent, „rechts“: 1,6 Prozent). Nahezu alle Befragten (97 Prozent) halten die parlamentarische Demokratie eher (27,7 Prozent) oder voll und ganz (69,3 Prozent) für die beste Staatsform.

Eine große Mehrheit (rund 72 Prozent) gibt sich gegenüber sozialistischen Ideen kritisch, während der Kapitalismus mit rund 62 Prozent eine deutlich höhere Zustimmung erfährt. Nahezu alle Befragten (rund 97 Prozent) halten die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus für wichtig. Während die Gefahr nach einer „enormen Ausbreitung“ des Rechtsextremismus nur etwa sechs von zehn befragten Polizeibeschäftigten sehen. Für etwas mehr als die Hälfte (rund 56 Prozent) der Befragten ist die Existenz des Staates Israel Teil deutscher Staatsraison. Rund 28 Prozent sehen zumindest die Möglichkeit, dass Deutschland ein „islamisches Land“ werden könnte.

Große Mehrheit ist zufrieden mit der Arbeit und identifiziert sich mit dem Polizeiberuf

Die Befragten identifizieren sich stark mit ihrer Arbeit (rund 90 Prozent der Befragten) und auch die Arbeitszufriedenheit liegt mit mehr als 80 Prozent (genau: 81,5 Prozent) im Vergleich zu anderen Berufen sehr hoch. Allerdings bewerten nur etwa 60 Prozent der Befragten auch die Arbeitszufriedenheit ihrer Kolleginnen und Kollegen als entsprechend positiv. Rund zwei Drittel halten das Image der Polizei zumindest eher für gut.

Die drei wichtigsten Zufriedenheitsfaktoren für Polizeibesetzte sind Kollegialität (63,3 Prozent), das Betriebsklima (47,4 Prozent) und ein kurzer Arbeitsweg (42,6 Prozent). Als Unzufriedenheitsfaktoren wurden zu wenig Personal (78,7 Prozent), die Aufstiegsmöglichkeiten (58,1 Prozent) und fehlende Wertschätzung (46,4 Prozent) genannt.

„Mit unseren Sicherheitspaketen werden wir dafür sorgen, dass alle Polizeibesetzte Verstärkung bekommen. Unser Hebungsprogramm aus dem aktuellen Haushalt wird rund 400 weitere Beförderungen für die Polizei bringen“, erklärte Beuth. „Ich kann aber gut verstehen, dass die Kolleginnen und Kollegen die personelle Entlastung lieber heute als morgen wollen. Wir stellen mit unseren Sicherheitspaketen insgesamt rund 2.000 zusätzliche Polizeivollzugsbeamte ein. Auch die Wachpolizei und die Verwaltungsmitarbeiter kriegen mehr Personal.“

Sieben von zehn Befragten wurden schon Opfer von Gewalt

Teil des Fragebogens waren auch Alltagserfahrungen. In dem Zusammenhang wollten die Autoren der Studie auch immer wissen, wie sehr die einzelnen Vorkommnisse den Einzelnen belasten. Am stärksten belastet die Befragten die Überbringung von Todesnachrichten: 58,5 Prozent wählten diese Situation aus. Aber auch tödliche Verkehrsunfälle und die Unterstellung von Fremdenfeindlichkeit bzw. Rassismus nannten jeweils rund 44 Prozent der Teilnehmer als besonders belastende Situationen.

Fast jeder zweite Befragte gab an, zumindest einmal Opfer einer solchen verbalen Attacke geworden zu sein. Angriffe von Bürgern auf Polizeibesetzte hinterlassen bei den Schutzleuten nicht nur körperliche Spuren, wie die Ergebnisse zeigen. „Mehr als 70 Prozent der befragten Polizeibesetzten wurden bereits von Bürgern angegriffen“, so Beuth. „Jeder zweite wurde bereits mehr als zweimal Opfer von Übergriffen. Fast 87 Prozent der Schutzpolizisten wurden mindestens einmal angegriffen. Beleidigt wurde nahezu jeder uniformierte Kollege schon einmal: 97 Prozent waren betroffen. Diese Zahlen machen betroffen, sind für uns aber leider keine Überraschung, weil sie die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik bestätigen. Umso mehr zeigt die Studie, wie wichtig es ist, dass unsere Gesellschaft ihrer Polizei zeigt, dass wir sie brauchen und wertschätzen. In jeder Uniform steckt ein Mensch, der seinen Job macht und dafür den Respekt und die Anerkennung seiner Mitmenschen verdient.“

Weitere Informationen.

Verkehr – Ausbau der Schienenwege in Hessen

Das Schienennetz für den Nah- und Fernverkehr in Hessen wird in den nächsten Jahrzehnten mit einer Rekordsumme ausgebaut. Insgesamt sollen rund 20 Milliarden Euro in Projekte von Frankfurt RheinMain plus und kommunale Projekte von regionaler Bedeutung wie die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken fließen.

„Dies wird das Jahrzehnt der Schiene: Wir investieren so viel wie noch nie in den Ausbau der Schieneninfrastruktur in Hessen“, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. Es gehe dabei zum einen um eine spürbare Entlastung des Ballungsraums Frankfurt-Rhein-Main und zum anderen darum, die Anbindung des ländlichen Raums zu stärken.

„Unser gemeinsames Ziel ist es, die Schiene als umwelt- und klimafreundliches Transportmittel zu stärken und mehr Kapazität gerade im dicht befahrenen Eisenbahnknoten Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet zu schaffen“, erklärte Jens Bergmann, Vorstand Netzplanung und Großprojekte der DB Netz AG. Der RMV-Geschäftsführer Prof. Knut Ringat betonte: „Das Fahrtenangebot auf der Schiene kann mit der neuen Infrastruktur um 30 Prozent gesteigert werden.“

Die Verkehrswende in Hessen kann nur mit einem starken Nah- und Fernverkehr gelingen. „Noch nie gab es vom Land Hessen so viel Geld für die Verkehrsverbünde“, so Al-Wazir. „Zugfahren muss attraktiv und bezahlbar sein. Hessen ist hier Vorreiter: mit dem Schülerticket, dem Seniorenticket und dem Landesticket.“

Bus und Bahn sollen attraktiver werden

Gute Angebote wie die bundesweit einmaligen Flatrate-Tickets führen zu steigenden Fahrgastzahlen. „Wir wollen, dass mehr Menschen mit Bus und Bahn fahren“, so Al-Wazir. „Und ich freue mich, dass sie das tun. Gleichzeitig ist klar, dass wir mehr Angebote brauchen, damit auch mehr Bahn gefahren werden kann. Darum wird die Schieneninfrastruktur saniert, ertüchtigt und ausgebaut: Von den insgesamt 2.800 Schienenkilometern in Hessen gibt es an 700 Kilometern Planungen für Sanierung, Ertüchtigung, Elektrifizierung oder Ausbau, teilweise wird schon gebaut – das ist ein Viertel.“ Es gehe aber nicht nur um eine Entlastung des Ballungsraums. „Wir wollen, dass es auch im ländlichen Raum wieder gute Zugverbindungen in Richtung der Ballungsräume gibt.“ Derzeit wird an vier Reaktivierungs-Projekten sowie sieben Machbarkeitsstudien für weitere Reaktivierungen gearbeitet.

Hintergrund

Eine Übersicht zu den hessischen Schienenprojekten sowie Datenblätter mit detaillierten Informationen zum Nutzen für die Fahrgäste, zu Fahrtzeitverkürzungen sowie zu den nächsten Schritten ist [online abrufbar](#).

Weitere Informationen.

Haushaltsabschluss 2019 – Hessen baut an der Zukunft

Hessen kann 2019 doppelt so viele alte Schulden tilgen wie geplant: 200 Millionen Euro. Das Land schafft außerdem erstmals eine Investitionsrücklage. Finanzminister Dr. Thomas Schäfer hat jetzt den Haushaltsabschluss für das Jahr 2019 vorgestellt.

„Hessen baut an der Zukunft: Wir stellen eine halbe Milliarde Euro für Investitionen bereit und verdoppeln den Schuldenabbau“, sagte Schäfer. „Aus dem Überschuss des Jahres 2019 überweisen wir außerdem zusätzliches Geld auf das Altersspargbuch Hessen und wir erhöhen die Konjunkturausgleichsrücklage auf eine Milliarde Euro. All das macht Hessen noch zukunftsfester.“

Hessen investiere kräftig. Investitionen scheiterten daher derzeit meist nicht an fehlendem Geld, sondern an fehlenden Kapazitäten etwa der Bauwirtschaft. „Landesmittel in Höhe von 125 Millionen Euro konnten wir im vergangenen Jahr daher nicht wie geplant ausgeben“, sagte Schäfer. „Dieses Geld möchten wir aber weiterhin investieren. Es kommt daher in unsere neue Investitionsrücklage. Wir packen zudem aus dem Überschuss des vergangenen Jahres 375 Millionen Jahr drauf. Ein halbe Milliarde Euro reservieren wir somit für Investitionen. Das gab es in Hessen noch nie.“

„Meist stehen wir am Jahresende besser da, als bei der Aufstellung des Haushalts geplant. Das ist schön, aber darauf kann man sich nicht verlassen. Denn Entwicklungen, die wir nicht in der Hand haben, können auch dazu führen, dass Einnahmen wegbrechen. Wir taten und tun daher gut daran, das Geld der Hessinnen und Hessen mit Zurückhaltung und Vorsicht zu verwalten. Sparsame Haushaltsführung und umsichtige Planung sind und bleiben Markenzeichen unserer Haushaltspolitik“, betonte Schäfer.

Haushaltsvollzug 2019

Insgesamt fiel das Haushaltsergebnis 2019 um fast 1,5 Milliarde Euro besser aus als geplant. Der Haushalt 2019 war der erste Landeshaushalt seit einem halben Jahrhundert, in dem das Rückzahlen alter Schulden bereits im Haushaltsentwurf vorgesehen war. Statt der geplanten rund 100 Millionen können nun aber sogar 200 Millionen Euro getilgt werden. Außerdem führt das Land erstmals eine Investitionsrücklage ein und erhöht die Vorsorge.

Dank der Haushaltsverbesserungen kann das Land Hessen außerdem der Konjunkturausgleichsrücklage weitere 280 und damit 2019 insgesamt 350 Millionen Euro zuführen. Diese Rücklage ist ein Element der Schuldenbremse. Danach sind konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen insbesondere zur Reduzierung der Neuverschuldung sowie zur Bildung einer zweckgebundenen Rücklage zu verwenden. „Diese Rücklage darf ausschließlich zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen in wirtschaftlich schlechteren Zeiten eingesetzt werden. Sie steht nicht zur Finanzierung zusätzlicher Aufgaben zur Verfügung. Wir sorgen also jetzt in einem guten Jahr vor, um davon in schwierigeren Jahren zu profitieren und auch dann auf neue Schulden zu verzichten“, so Schäfer. „Eine Milliarde Euro haben wir dafür mittlerweile auf der hohen Kante.“

Neben der Stärkung der Rücklagen konnte 2019 auch auf das Altersspargbuch Hessen eingezahlt werden, um sich für die Pensionszahlungen kommender Jahre und Jahrzehnte zu wappnen. Zahlungen von 167 Millionen Euro waren bereits geplant. Dank der Haushaltsverbesserung können dem Altersspargbuch Hessen nun weitere 167 und damit insgesamt 334 Millionen Euro gutgeschrieben werden. Der Kontostand ist auch dadurch auf rund 4,2 Milliarden Euro angestiegen.

Weitere Informationen.

Steuereinnahmen – Hessens Kommunen geht es finanziell immer besser

Einen guten Start in das neue Haushaltsjahr haben Hessens Kommunen, wie Finanzminister Dr. Thomas Schäfer berichtete. „Über 300 Millionen Euro mehr als im Jahr 2018 kamen 2019 aus den Gemeinschaftssteuern bei den Kommunen an. Das ist ein deutliches Plus von sieben Prozent. Die insgesamt ausgezahlten rund 4,7 Milliarden Euro bedeuten einen neuen Rekordwert.“ Schäfer hat die Abrechnung der Kommunalanteile an den Gemeinschaftssteuern für das vierte Quartal zur Auszahlung freigegeben. Insgesamt erhalten die Städte und Gemeinden fast eine Milliarde Euro für das letzte Quartal des vergangenen Jahres, und damit rund 142 Millionen Euro mehr als ursprünglich prognostiziert. Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichten Zahlen gehen auch von deutlichen Zuwächsen bei den Gewerbesteuererinnahmen aus. Die hessischen Kommunen werden 2019 bei dieser Steuer im Vergleich zum Vorjahr ihre Einnahmen um voraussichtlich 3,7 Prozent gesteigert haben. Das ist ein Plus von 195 Millionen Euro und führt damit ebenfalls zu einem neuen Rekordwert – hier von insgesamt 5,5 Milliarden Euro. „2019 stieg zudem der Kommunale Finanzausgleich auf erstmals über 5 Milliarden Euro an. Nimmt man die Einnahmen aus den Gemeinschaftssteuern, der Gewerbesteuer und dem KFA macht das in Summe über 15 Milliarden Euro für Hessens Kommunen im Jahr 2019“, berichtete Schäfer. Weitere Informationen.

Verkehrswende – Drei Rad-Professuren für Hessen

Hessen wird zum wissenschaftlichen Schrittmacher bei der Verbesserung des Radverkehrs in Deutschland. Bessere Planung von Radwegen, mehr Sicherheit, die Rolle des Fahrrads im ländlichen Raum, der Einfluss von E-Bikes und -Rollern auf das Verkehrssystem – das sind einige der Themen, mit denen sich drei neue Stiftungsprofessuren an hessischen Hochschulen befassen werden. Die Förderbescheide übergab Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer jetzt in Berlin. „In Hessen begreifen wir Fuß- und Radverkehr als integrale Bestandteile eines modernen Mobilitätssystems“, kommentierten Wissenschaftsministerin Angela Dorn und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir. „Dass allein drei der bundesweit sieben Lehrstühle nach Hessen kommen, zeigt unsere führende Position auf dem Weg in eine so klimafreundliche wie leistungsfähige Mobilität.“ Die Stiftungsprofessuren werden an der Universität Kassel, der Hochschule RheinMain und der Frankfurt University of Applied Sciences eingerichtet. „Ohne die Wissenschaft gibt es keinen

ökologischen Aufbruch“, betonte Dorn. „Bereits heute forschen unsere Hochschulen auf hohem Niveau zu Zukunftsthemen wie nachhaltige Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz sowie CO₂-neutrale Produktion. Die drei Rad-Professuren ergänzen diese Arbeit und treiben den Forschergeist und die Anwendungskompetenz der Hochschulen weiter voran.“ [Weitere Informationen](#).

Soziales – Coronavirus ist kein Anlass für Ausgrenzung

Derzeit häufen sich Medienberichte über diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen mit asiatischem Aussehen, die aus Angst vor dem Coronavirus in diesen Tagen besonders mit Ablehnung und Rassismus konfrontiert seien. Sozialminister Kai Klose rief zur Besonnenheit auf. „Wir alle sollten ständig kritisch hinterfragen, wie wir anderen begegnen“, so Klose. „Es gibt grundsätzlich nie eine Rechtfertigung dafür, Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen Herkunft auszugrenzen.“ Mit Blick auf die aktuellen medizinischen Einschätzungen betonte Klose, dass das Coronavirus kein Anlass zur Panik oder vielleicht auch unbewusste Reflexe sei. „Bisher sind überwiegend Menschen am neuen Coronavirus erkrankt, die einen Bezug zur Krisenregion Wuhan/Hubei aufweisen – also eine entsprechende Reiseanamnese haben“, sagte Prof. Sandra Ciesek, Direktorin der Medizinischen Virologie am Universitätsklinikum Frankfurt. „Es gibt keinen Zusammenhang zwischen dem Coronavirus und der Herkunft der Menschen. Ein europäischer Reiserückkehrer aus Wuhan wäre nach unserem aktuellen Wissensstand beispielsweise genauso stark gefährdet, sich mit dem neuen Coronavirus zu infizieren, wie ein chinesischer.“ Hygienische Maßnahmen, die vor der Influenza schützen, seien auch beim Schutz vor dem Coronavirus wirksam. Als Schutz vor einer Ansteckung empfiehlt das Robert-Koch-Institut, auf eine gute Handhygiene zu achten, Husten- und Niesetikette einzuhalten und Abstand zu Erkrankten zu halten. Diese Maßnahmen gelten gleichermaßen für Influenza. [Weitere Informationen](#).

Landesentwicklung – Neuer Plan liegt aus

Bei Gesundheitsversorgung, Bildungsangeboten, Einkaufsgelegenheiten und anderen Aufgaben der Daseinsvorsorge sollen benachbarte Orte künftig stärker zusammenarbeiten. Dies sieht der Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) Hessen 2020 vor. „Die derzeitigen Vorgaben stammen noch aus dem Jahr 2000. Seitdem hat sich in Hessen viel verändert“, erläuterte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. „Darauf müssen wir reagieren, damit alle Hessinnen und Hessen weiterhin guten Zugang zu Schulen, Kindergärten, Ärzten, Nahverkehr, Sport und Einzelhandel haben. Mit der Offenlage haben Bürgerinnen und Bürger, aber auch Städte, Gemeinden, Landkreise nun die Möglichkeit, zu den geplanten Änderungen Stellung zu nehmen.“ Der LEP ist das zentrale Instrument der Landesplanung. Der Entwurf wird im Wirtschaftsministerium sowie den drei Regierungspräsidien ausgelegt und ist außerdem auch online abrufbar. Über die von dort zugängliche Beteiligungsplattform können alle Hessinnen und Hessen bis zum 24. April 2020 Anregungen und Bedenken vortragen, die dann in die Abwägung einfließen. Der finale Plan wird vom

Kabinett beschlossen und bedarf der Zustimmung des Landtags. Weitere Informationen.

Kommunen – Seligenstadt mit Zusatzbezeichnung „Einhardstadt“

Innenminister Peter Beuth hat der Stadt Seligenstadt eine Urkunde verliehen, die es ihr erlaubt, den Namenszusatz „Einhardstadt“ zu führen. Bei dem Festakt zur Verleihung der Zusatzbezeichnung betonte Beuth die geschichtsbewusste Pflege des Lebenswerks des Biografen von Karl dem Großen. „Einhard war aufgrund seines universellen Wissens geschätzter Ratgeber, Berater und Biograf Karls des Großen“, so Beuth. „Zugleich war er Stadtbegründer von Seligenstadt und einer der berühmtesten Gelehrten der Karolingerzeit.“ Erstmals urkundlich erwähnt wurde Seligenstadt am 11. Januar 815, als Einhard diese Ortschaft für seine Verdienste am Hofe Karls des Großen als Geschenk von Kaiser Ludwig I, Sohn und Nachfolger Karls des Großen erhielt. Im Jahr 828 stiftete Einhard ein Benediktinerkloster und ließ dorthin die Gebeine zweier Märtyrer überführen, er starb 840 in Seligenstadt. Von den insgesamt 422 Städten und Gemeinden in Hessen sind mit der Einhardstadt Seligenstadt nunmehr insgesamt 60 Gemeinden befugt, ihrem eigentlichen Gemeindennamen eine Zusatzbezeichnung beizufügen, die auf ihrer geschichtlichen Vergangenheit, ihrer Eigenart oder ihrer Bedeutung beruht. Weitere Informationen.

Zahl der Woche

3,04 Millionen Wohnungen

Ende 2018 gab es in Hessen 3,04 Millionen Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Im Vergleich zum Jahr 2010 stieg der Wohnungsbestand um 4,1 Prozent oder 119.294 Wohnungen, wie das Statistische Landesamt mitteilte. Die Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner ist mit 46,85 m² im Vergleich zu 2010 nahezu konstant geblieben.

Link der Woche

Seligenstadt

Das Internet-Angebot der Stadt Seligenstadt, die jetzt offiziell den Namenszusatz „Einhardstadt“ tragen darf.

Hessenbilder



Ministerpräsident Volker Bouffier hat das hessische Consular Corps in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu einem Neujahrsempfang begrüßt. Foto: Erhard Blatt

Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Staatssekretär
Michael Bußer
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:
Klaus Euteneuer